

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verwaltung: Dresden, Gebr. Arnhold.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Litkehn

Abonnementpreis: 120 000 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000 M., Einzelnummer 80 000 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die Pögelzeit. Konspirationelle 100 000 M., auswärtig 120 000 M., die Spögelzeit. Konspirationelle 400 000 M., auswärtig 500 000 M., Ausland 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familienangehör. Stellen- u. Mietgeluche 40 Proz. Rab. für Brieflieferer. 40 000 M.

Nr. 196

Dresden, Donnerstag den 23. August 1923

34. Jahrg.

## Die Erfassung der Devisen

Das letzte verfassungsmäßige Kabinett

Aus Berlin wird uns berichtet:

Am Mittwoch nachmittags fand in der Reichskanzlei die Besprechung der Parteiführer mit der Reichsregierung statt. Von der Sozialdemokratie waren anwesend die Genossen Weis, Adde und Herz, von der Reichsregierung Reichskanzler Stresemann, Reichsfinanzminister Hilferding und Reichswirtschaftsminister Rau u. a.

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister schilderten die gegenwärtige politische Situation, insbesondere die traurige Finanzlage des Reiches. Es sei die Absicht der Reichsregierung, alles zu tun, was wirtschaftlich und finanziell eine Erleichterung verspreche. Die Regierung sei sich bewusst, daß sie das letzte verfassungsmäßige Kabinett sei, verfolge sie, dann gebe es nur noch Gewalt. Sie werde deshalb gegebenenfalls vor diktatorischen Mitteln, die zur Rettung Deutschlands dienen könnten, nicht zurückschrecken. Die Ablieferung der Devisen zur Bildung eines Devisenfonds zur Sicherung der Einfuhr und zur Vornahme einer Stützungsaktion für die Mark sei jetzt dringend erforderlich. Jeder Vermögenssteuerpflichtige werde verpflichtet, gegen Goldanleihe Devisen abzugeben. Wer keine Devisen habe, könne in Papiermark zeichnen. Die eidesstattliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes, Beteiligung an ausländischen Unternehmen, ausländischen Effekten und Aktien werde in Zweifelsfällen erstet werden müssen durch den Eid. Für falsche Angaben oder Unterlassung von Angaben seien die für Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen, außerdem die Konfiskation des Vermögens. Die Verordnung über die Devisenabgabe werde in kürzester Frist veröffentlicht werden. Die Maßnahmen sollen rasch durchgeführt werden.

Die erschienenen Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfange. Sie billigten insbesondere, daß die Erfassung der Devisen vorgenommen werde auf Grund des § 48 der Reichsverfassung ohne langwierige Beratungen im Parlament. Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen insbesondere darauf hin, daß von vornherein kein Zweifel darüber aufkommen dürfe, daß die Verordnung unter allen Umständen schärfstens durchgeführt wird. Alle Devisen müssen abgegeben werden.

Auch die Frage der Reichsbankleitung spielte in der Debatte eine Rolle. Hier ist in kürzester Frist eine Entscheidung der Reichsregierung zu erwarten, die den bisherigen Zustand, daß die Reichsbankleitung die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt, sowohl in personeller wie in sachlicher Beziehung durchgreifend ändert.

Die Reichsregierung hat sich also sämtliche von unsret Seite erhobene Forderungen zur Schaffung stabiler Verhältnisse zu eigen gemacht. Sie dürfte sich aber schon jetzt nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß wir noch weitergehende diktatorische Maßnahmen fordern werden, wenn sich die neuen Verordnungen als nicht ausreichend genug erweisen sollten.

### Gegen die Betriebsstillelegung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat am Mittwoch gemeinsam mit dem Kfa-Bund folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

„In den letzten Tagen wurde von den Unternehmern eine umfangreiche Bewegung zur Stillelegung oder Einschränkung der Betriebe eingeleitet, deren Auswirkung sich in kürzester Zeit in einer katastrophalen Massenarbeitslosigkeit, nicht zuletzt aber in einer Durchkreuzung der steuerpolitischen Maßnahmen des Reiches, vor allem in der praktischen Aufhebung der Lohnsummensteuer, zeigen müßten, wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe eingreift.“

Auf Grund der Verordnung betr. Maßnahmen gegen über Betriebsabbrüche und Stilllegungen vom 8. November 1920 hätte die Reichsregierung unverzüglich folgende Schritte anzuleiten:

1. Sofortige Anweisung an die Länder, den Demobilisierungsbüros aufzugeben, Stilllegungsanzeigen mit größter Beschleunigung zu bearbeiten und Betriebsräte sowie Gewerkschaften laufend an den Ermittlungen zu beteiligen.
2. Im Falle einer Stilllegung Pfändung von Waren in Höhe der fälligen Steuern, Uebertragung des Inventars an den Unternehmer, die sich bereit erklären, weiterzuarbeiten. Eidesstattliche Versicherung der verantwortlichen Personen des Unternehmens, das Stilllegen will, daß es kein Betriebskapital zur Verfügung hat und auch ein solches nicht beschaffen kann.

Die etwa noch notwendigen Ergänzungen der genannten Verordnung, wie z. B. Ausdehnung der Verordnung auf alle Gewerbe und Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern, bitten wir sofort zum Gegenstand einer mündlichen Verhandlung mit den Spitzengewerkschaften machen zu wollen. In dieser Besprechung wäre auch die Frage zu klären, in welcher Weise Rückstellungen, die innerhalb der in der Verordnung vorgesehenen Fristen erfolgen, bis zur endgültigen Entscheidung der Demobilisierungsbüros rechtlich unwirksam gemacht werden können.

Der furchtbare Ernst der Lage gebietet, keinen Tag zu verschwenden, um das hier vorgeschlagene Vorgehen zu verwirklichen. Ein beschleunigtes Eingreifen ist um so leichter, als die Verordnung vom November 1920 im Prinzip bereits den hier gemachten Vorschlägen entspricht.“

### Fünftehnfacher Lohnsteuerabzug

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.) Die fortgeschreitende Geldentwertung hat die Ermäßigungen für das Existenzminimum und die Werbungskosten bei der Lohnsteuer fast wertlos gemacht, so daß der tatsächliche Steuerfuß sich immer mehr der oberen Grenze von 10 Prozent annäherte. Eine Neuregelung der Ermäßigungsätze war deshalb dringend erforderlich. Der Steuerausfluß des Reichstages hat in seiner Sitzung vom 22. August die Neuregelung vorgenommen. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung, daß man die wahrheitsgemäße Lohnentwertung im September nicht voraussehen könne, und daß die Anpassung der Ermäßigungen sich auf die bisher eingetretene Lohnhöhe beschränken müsse. Von diesem Gesichtspunkte aus kam der Ausschuss zu einer Verkünftschnjachtung der bisherigen Ermäßigungsätze.

Der Steuerbeitrag von 10 Prozent des Arbeitslohns ermäßigt sich also:

1. für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich um 300 000 M., wöchentlich um 77 200 M.;
2. für jedes Kind monatlich um 2 400 000 M., wöchentlich um 576 000 M.;
3. für Werbungskosten monatlich um 3 Millionen Mark, wöchentlich um 720 000 M.

Für eine Familie mit zwei Kindern beträgt also das steuerfreie Einkommen monatlich 86 200 000 M., wöchentlich 20 204 000 M. Die Belastung durch die Steuer bei einem Spitzewochenlohn von 86,5 Millionen Mark beträgt demnach bei einer Familie mit zwei Kindern rund 4 Prozent.

Die sozialdemokratischen Vertreter regten ferner an, daß die nächste Festsetzung der Ermäßigung bereits Mitte September erfolgen solle, wenn die Geldentwertung weiter fortschreiten sollte.

Die Vertreter der Landwirtschaft im Steuerausfluß bemühten die Beratung über die Ermäßigungen der Lohnsteuer zu einem Angriff gegen die erst kürzlich verabschiedeten Steuerergänzungen. Mit entschiedenen Worten wandte sich Genosse Herz gegen dieses Treiben. Er forderte von der Regierung erneut, mit aller Strenge die neuen Steuern rückwirkend einzutreiben und den ganzen Druck der Staatsautorität dahinter zu setzen. Seine energische Abwehr war nicht wirkungslos. Herr Derold vom Zentrum, der sich anfangs an dem Generalangriff gegen die neuen Steuerergänzungen beteiligte, wachte sich plötzlich als der eifrigste Befürworter der in Kraft getretenen steuerlichen Maßnahmen hinustellen.

### Der Widerstand der Steuerhuten

Raum sind die neuen Steuern beschlossen, da kommen auch schon die Vertreter der Wirtschaftskreise mit der Erklärung: Wir können die neuen Steuern nicht tragen! Bis hinein in die Deutsche Volkspartei scheint man eingeleitet zu haben, welches Verhängnis es wäre, wenn die Steuerhuten mit ihrem Widerstand wieder Erfolg hätten. Die Zeit weilt darauf hin, daß die Steuerergänzungen mit einer in Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen worden seien, und zwar unter aktiver Beteiligung an der Ausarbeitung von Vertretern aller Wirtschaftszweige, einschließlich der Landwirtschaft. Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Hugo Wendel sich für entschieden gegen den demokratischen Abgeordneten Sothlein, der es auch wieder fertig bringt, im West-Ühr-Abendblatt sein Sprüchlein von der Substanzhaltung zu beten. Hugo sagt dabei, man dürfe nicht Halt machen vor den Schwerten, die sich der wirtschaftende Teil des Volkes im Vorteil gegenüber den Lohnempfängern und Freibeisoldeten habe behaupten, oder erwerben können. Wolle der Welt seine Existenz retten, so habe er große Opfer nicht nur für den Augenblick, sondern voraussichtlich für eine lange Dauer zu bringen.

Die Herrschaften wissen, daß es jetzt um Gange geht, und sie treten daher vordringlich dafür ein, daß wirklich der Welt zu Opfern gezwungen wird. Wie lange die Herren von der Deutschen Volkspartei an diesem Standpunkt festhalten werden, muß man abwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen ist zu befürchten, daß sie über kurz oder lang wieder umschwanken, wenn sie erst einmal von dem hinter ihnen stehenden Großkapitalisten entsprechend bearbeitet worden sind.

### Die Sabotage der Reichsbank

Seit langem sind sich die Sachverständigen darüber einig, daß die Reichsbank möglichst zu wertbeständigen Krediten übergeben muß, wenn dem Geld unseres Geldwesens entgegengearbeitet werden soll. Die Reichsbank gibt nun allerdings jetzt wertbeständige Kredite. Sie befehlt Wechsel unter der Bedingung, daß der Wechselschuldner vier Fünftel der laut Dollarkurs eingetretenen Geldentwertung auf sich nimmt, das heißt also, daß er entsprechend mehr Papiergeld zurückgibt, als er bekommen hat. Bei dem Steigen des Marktkurses hat der Schuldner aber seinen Vorteil, sondern er muß die Papiergeldsumme unvermindert zurückzahlen. Der Disfond von Wechseln findet unter den üblichen Bedingungen noch in reiner Papiermark statt. Unter diesen Umständen haben die wertbeständigen Kredite der Reichsbank für die Reform unseres Geldwesens so gut wie gar keinen Wert, und das Berliner Tagesblatt hat durchaus recht, wenn es hier von einer Sabotage gegen die wertbeständige Kreditgewährung spricht.

## Drückt die Fäuste nieder!

Von Artur Grippien

„In den bürgerlichen Revolutionen war Mutterzorn, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Masse. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors; sie löst und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.“

Diese Sätze sind dem Programm des Spartakusbundes entnommen, dem geistigen Produkt vor allem Rosa Luxemburgs. Jeder Sozialdemokrat unterschreibt diese Worte.

Der Spartakusbund hat auf Befehl von Moskau sein Programm verbrannt, den Namen Spartakusbund ausgetilgt. Denn, so diffidierte Moskau, die Namen aller sozialistischen Parteien seien zu vertilgen, weil alle diese Parteien verrät hätten. In der ganzen Welt dürfte es nur eine kommunistische Partei geben. Damit war der Spartakusbund erledigt.

Die bolschewistischen Kommunisten bekennen sich jetzt zum Moskauer Evangelium, ihre Führer bringen die Anwendung aller Mittel gegen andre. Von der Lüge, der List und der Schlaueit bis zur rohen Gewalt und zum blutigsten Terror.

Der letzte Generalstreik, den die bolschewistischen Führer für Deutschland befohlen hatten, sollte einer kommunistischen Minderheit alle Macht in die Hände spielen. So gar die Bauern sollten mit Gewalt nach dem bolschewistischen Ideal gemobelt und in die Regierung geprügelt werden. Nur zu viele sind dieser naiven Illusion zum Opfer gefallen. Jetzt, nach dem unermesslichen Fehlschlag, werden die enttäuschten kommunistischen Arbeiter von ihren bolschewistischen Führern zur Rache an den eigenen Klassengenossen aufgebeizt.

So erklärte sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kemmele in der von Bolschewisten und Faschisten gemeinsam abgehaltenen Versammlung in Stuttgart zu gleicher Zeit bereit, mit den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zusammenzugehen und Sozialdemokraten am Galgen aufzuhängen. Der kommunistische Redakteur Thalheimer treibt in der roten Fahne eine dauernde niederträchtige Hege gegen die Sozialdemokratie. Am 16. August a. V. warnte er die Sozialdemokratie, sich „zu weit“ vorzutreten. Solche „Warnungen“, solche direkte und indirekte Aufforderungen an kommunistische Arbeiter, Rache an Proletariats und deren Vertretern zu üben, die nichts anderes verbrochen haben, als daß sie durch ihre Vernunft vor dem Reinfall auf naive bolschewistische Illusionen bewahrt wurden, wirken sich furchtbar aus. Nur ein kleiner Teil jener für die Arbeiter beschämenden und die proletarische Bewegung schändenden Beschimpfungen, Bedrohungen und Mißhandlungen nichtkommunistischer Arbeiter in den Betrieben, auf den Straßen, in Versammlungen und in Sitzungen, sind durch den Vorwärts allgemein bekanntgeworden.

Die bolschewistische Gewalthege findet ihresgleichen nur noch in der faschistischen Mordhege gegen Sozialdemokraten. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie bezeichnete in der erwähnten Stuttgarter Versammlung der Faschistenführer Kallenböck als ein gemeinsames Kampfziel der mit den Kommunisten vereinigten Faschisten.

Wie die Deutschvölkischen bezeichnen auch die Kommunisten den neuen Kanzler Stresemann als Günstling Boinaross, als Kapitulationskanzler mit nicht genügend nationalem Empfinden, und als Schwächling, weil er nicht bereit ist, eine außenpolitische Katastrophenpolitik bis zum Krieg gegen Frankreich durchzuführen. Als gäbe es nicht schon übergenug Mord und Brand und Vernichtung.

Selbst wo die Bolschewisten sich bereit erklärt haben, eine Arbeiterregierung zu unterstützen, wie in Sachsen, denken sie nicht daran, ihr Wort zu halten. Jeder vernünftige Mensch wird Blünderungen ablehnen, durch die sich bestenfalls einzelne vorübergehend bereichern können, durch die aber die Allgemeinheit dauernd geschädigt wird. Weil nun die Leipziger Polizei gezwungen war, gegen Blünderungen auf dem Lande einzuwirken, beschimpft die rote Fahne vom 19. August den Genossen Fleißner, der Polizeipräsident in Leipzig ist, und die tschechische Regierung: „Fleißner kämpft gegen den Hunger — indem er die Brotwucherer beschützt... Will die Zeigner-Regierung im Dienste der Wucherer gegen die hungernden Arbeiter vorgehen, so werden die Arbeiter mit ihr brechen.“ Man vergegenwärtige sich die Ungleichheit dieser Verleumdung der führenden Zeitung einer Arbeiterpartei gegen Vertreter einer anderen Arbeiterpartei, die in der Behauptung liegt, daß Sozialdemokraten im Dienste der Wucherer (!) gegen hungernde Arbeiter vorgehen. Und solche Verleumdung wollen Führer und Vorbilder des Proletariats und Bundesgenossen sein. Noch hat jede von Bolschewisten kommandierte Aktion